Kantonsrat
Sekretariat

Bahnhofstrasse 9
Postfach 1291
CH-6431 Schwyz
Telefon +41 41 819 26 11
E-Mail kr@sz.ch
Internet www.sz.ch

kantonschwyz

Postulat P 27/26: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: dem Angebotsmangel jetzt entgegenwirken

Am 21. Oktober 2026 haben Kantonsrat Andreas Imbaumgarten und elf Mitunterzeichner folgendes Postulat eingereicht:

«2016 hielt das Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in einer Studie[1] im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) fest: "Bezüglich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen zeigen die Ergebnisse eine deutliche Unter- und Fehlversorgung in allen Belangen." Betroffen sind laut der Studie sämtliche Regionen und Angebotsformen. Zudem gaben mehr als die Hälfte der Fachärztinnen und Fachärzte aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie an, überlastet zu sein. Das war 2016.

In einem Fachartikel[2] auf Medical-Tribune.ch von 2024 ordnet Dr. Jörg Leeners, Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Triaplus AG, die Ergebnisse ein und nimmt Bezug auf die Entwicklungen seit der Corona-Krise. So hat im Zeitraum von 2012-2024 der Bedarf nach kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungen um 74% zugenommen. Bei Pro Juventute sind die Krisenberatungen von 2019 bis 2022 gar um 180% gestiegen. Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen müssen derzeit monatelang auf erste Behandlungstermine warten. Oft verschlimmert sich in dieser Zeit ihre psychische Gesundheit. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Nebst dem bekannten Fachkräftemangel macht Dr. Leeners auf eine weitere schwierige Entwicklung aufmerksam: die Altersstruktur der Fachärztinnen und Fachärzte. 2024 waren gegen 52% der 741 Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater über 55 Jahre alt – diese werden in den nächsten zehn Jahren das Pensionsalter erreichen. Demgegenüber standen von 2012-2022 im Schnitt lediglich 26 neu abgelegte Facharzttitel pro Jahr. In den nächsten zehn Jahren wird die Fachärzteschaft somit um ca. ein Viertel abnehmen – dies bei anhaltend hoher oder gar steigender Nachfrage.

Der Kanton Schwyz steht hinsichtlich der Fachkräfte in einem Wettbewerb mit den anderen Kantonen. Während Zürich die Angebote in den letzten Jahren ausgebaut hat und in Luzern eine Initiative lanciert wurde, steckt der Kanton Schwyz noch mitten im Prozess der Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrichtungen (SEG). Wann diese umfangreiche Revision in Kraft tritt und welche Verbesserungen sie für die für die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen bringen wird, ist zurzeit noch nicht konkret abzusehen. Auch mit entsprechenden Massnahmen wird es angesichts des ausgeprägten Fachkräftemangels und der ungünstigen Altersstruktur der bestehenden Ärtzeschaft äusserst schwierig werden, das Problem der akuten Unterversorgung vollständig zu lösen. Die Antwort der Regierung auf die Kleine Anfrage "KA 20/26: ADHS und ASS – Wartezeiten für Abklärungen", im Rahmen derer unscharf auf die Überarbeitung des SEG hingewiesen wird, stimmt somit kaum optimistisch.

Ein möglicher weiterer Handlungsansatz liegt deshalb in den der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgelagerten Arbeitsfelder. Hierzu zählen mit dem Schulpsychologischen Dienst (SPD) und der Schulsozialarbeit (SSA) zwei Angebote, welche dem Amt für Volksschulen und Sport zugeordnet sind (RRB 469/2025) und somit nicht der Totalrevision des SEG unterliegen. Im selben RRB hält der Regierungsrat zudem fest, dass der Kanton Schwyz noch über keine Fachstelle für Schulsozialarbeit verfügt.

Sowohl der SPD wie auch die SSA werden von Fachärztinnen und Fachärzten der Kinder- und Jugendpsychiatrie als wichtige vorgelagerte Angebote im Sinne von Abklärungen, Erstberatung und Prävention angesehen. Die Zusammenarbeit der Institutionen ist dabei oft von den verfügbaren Ressourcen auf allen Seiten abhängig und deutlich ausbaufähig. Damit Angebote der Schulsozialarbeit eine positive Wirkung auf die langen Wartefristen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie entfalten können, brauchen sie Ansprechpersonen mit psychologischem Fachwissen wie zum Beispiel jene des SPD, welche ihrerseits jedoch bereits mit Abklärungen (Sonderpädagogische Bedürfnisse, LRS, etc.) stark ausgelastet sind. Auch eine kantonale SSA-Stelle, welche Schulsozialarbeitende und Schulleitende beratend unterstützt, könnte sowohl den SPD wie auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie entlasten.

In seiner Antwort zum Postulat "P 17/25: Ausbau der Unterstützungs- und Beratungsangebote im Bereich psychische Gesundheit (z. B. Schulsozialarbeit) an den Berufsschulen im Kanton Schwyz" führt der Regierungsrat aus, dass mit dem Aufbau des Case Management Berufsbildung (CMBB) sowie der nur teilweise erreichbaren "Nummer für Kummer" ausreichend Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene bestehen. Unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels und der ungünstigen Altersstruktur der Fachärzte dürfte dies in naher Zukunft (wenn nicht schon jetzt) nicht mehr der Fall sein. Zudem löst das CMBB nicht die Angebotslücke im Bereich der beiden Kantonsschulen in Schwyz (KKS) und Pfäffikon (KSA). Diese verfügen zwar über eine Schulpsychologin, jedoch ist das kostenlose Angebot auf fünf Sitzungen beschränkt und für Jugendliche sowie junge Erwachsene weniger niederschwellig als jenes der SSA.

Der Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist akut und wird sich kaum innert nützlicher Frist vollständig beheben lassen. Aus diesem Grund fordern wir den Regierungsrat mit diesem Postulat auf, Massnahmen zu ergreifen,

- um die Früherkennung und niederschwellige Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Belastungen im schulischen Umfeld verbessert und damit die Kinder- und Jugendpsychiatrie entlastet werden können.
- Dabei sollen insbesondere die Zusammenarbeit und Vernetzung der bestehenden Fachstellen, die Verfügbarkeit schulpsychologischer Beratung sowie die Rolle und der bedarfsgerechte Ausbau der Schulsozialarbeit auf kommunaler und kantonaler Ebene berücksichtigt werden.
- Die getroffenen Massnahmen sind dabei nach zwei Jahren auf ihre Wirkung zu überprüfen und bei Bedarf nachzuschärfen.

Wir bedanken uns für die wohlwollende Aufnahme unseres Anliegens.»

[1] Stocker D et al. (2016) Versorgungssituation psychisch erkrankter Personen in der Schweiz. Studie erstellt im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit, Abteilung Gesundheitsstrategien, Sektion Nationale Gesundheitspolitik. Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien BASS AG, Bern.

[2] Leeners J (2024) Zur Lage der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in der Schweiz. In: Medical Tribune, Ausgabe vom 4. September.